

Wir werden die Schlußakte von Helsinki weiterhin als Ganzes, als Programm zur Festigung der Entspannung in allen ihren Hauptrichtungen exakt verwirklichen. Dazu haben wir einer Reihe von Teilnehmerstaaten der Konferenz in Helsinki Vorschläge für die Entwicklung der Beziehungen in verschiedenen wichtigen Bereichen unterbreitet. Es ist zu hoffen, daß sie ein positives Echo finden werden.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, die dazu beitragen können, die Beziehungen zu jenen NATO-Staaten zu fördern, welche ihrerseits bereit sind, ihre Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Vertrages auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit zu entwickeln. Es versteht sich von selbst, daß wir nicht Vorhaben, die Beziehungen zu einem dieser Staaten auf Kosten dritter auszubauen.

Das trifft auch auf unsere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu. Dabei spielen wir — um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen — nicht mit dem Gedanken, die Beziehungen der Bundesrepublik zu ihren Bündnispartnern, insbesondere den USA, zu lockern. Auch träumen wir nicht von der Möglichkeit, gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, einem der stärksten NATO-Staaten, unterhalten zu können, wenn sich die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR durch eine unberechenbare, auf Konfrontation zielende Politik der USA verschärfen. Wir gehen vielmehr davon aus, daß die Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der Prinzipien friedlicher Koexistenz nicht nur für beide deutsche Staaten, sondern darüber hinaus für die Gesamtsituation in Europa von nicht geringer Bedeutung ist.

In der Politik zwischen beiden deutschen Staaten kommt es nicht darauf an, gesamtdeutsche Sprüche zu klopfen, noch sollte man versuchen, sich in der politischen Diskussion an der Tatsache vorbeizudrücken, daß zwei deutsche Staaten existieren, die sich gegenseitig schon lange bescheinigt haben, daß sie Völkerrechtssubjekte sind. Es liegt nicht nur im nationalen Interesse der DDR, sondern auch im nationalen Interesse der BRD, daraus in der praktischen Politik die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen und seitens der BRD von der Anmaßung abzurücken, „für alle Deutschen“ sprechen zu wollen.

In der Politik gegenüber der BRD geht es uns vor allem darum, dem Frieden zu dienen und ihn dauerhaft zu sichern. Nur was dem Frieden nutzt, ist von Vorteil für die Menschen in beiden deutschen Staaten, für alle Völker unseres Kontinents. Um die Position der DDR in dieser lebenswichtigen Frage für heute und alle Zukunft klarzustellen, habe ich in meiner Rede vor den Parteiaktivisten von Gera in prinzipieller Weise zu unserer Innen- und Außenpolitik Stellung genommen.

Von führenden Politikern der BRD, so von Bundeskanzler Schmidt, wurde wiederholt erklärt, auch sie wollten, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht. Wir haben das mit gebührendem Ernst zur Kenntnis genommen und sind bereit, es in unserer Politik zu berücksichtigen. Doch wie es im Leben ist — für den Frieden entschei-